

**Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-003645/2026/rev.1  
an die Kommission**  
Artikel 144 der Geschäftsordnung  
**Elisabeth Dieringer (PfE)**

Betrifft: Ukrainische Rüstungskorruption – Weiterfinanzierung ohne Kontrolle?

Recherchen der „New York Times“<sup>1</sup> auf Basis interner ukrainischer Prüfberichte zeigen: Sieben der zehn größten Rüstungsauftragnehmer der Ukraine erhielten neue Staatsaufträge, obwohl gegen sie strafrechtlich wegen Betrugs ermittelt wurde oder frühere Verträge nicht erfüllt worden waren. Ein Hersteller kassierte 280 Mio. Dollar für Mörsergranaten, während sein Chef wegen Korruption auf Kautions saß – die Munition erwies sich als Blindgänger. 18 Unternehmen unterschrieben trotz nachgewiesenen Vertragsbruchs neue Deals. Allein 2024 verschwanden laut internen Audits rund 1,2 Mrd. Dollar durch Betrug, Verschwendung und Missmanagement.

Die Union finanziert die Ukraine über Makrofinanzhilfe und die Europäische Friedensfazilität mit Milliarden – Geld, das letztlich von den Steuerzahlern der Mitgliedstaaten aufgebracht wird.

1. Wusste die Kommission vor Bekanntwerden dieser Berichte von den beschriebenen Missständen im ukrainischen Beschaffungssystem?
2. Welche konkreten Prüfmechanismen verhindern, dass EU-Mittel an Unternehmen fließen, deren Geschäftsführer wegen Korruption angeklagt sind?
3. Zieht die Kommission angesichts von Verlusten in Milliardenhöhe eine Aussetzung oder Neuverhandlung der Finanzhilfe-Konditionen in Betracht?

Eingang: 11.9.2026

---

<sup>1</sup> <https://www.nytimes.com/2026/09/06/world/europe/ukraine-war-weapons-fraud-corruption.html>.